

# aktuell



**Werner Faymann am 1. Mai:**

**„Soziale Gerechtigkeit  
ist unser Herzstück“**



Die neusten Nachrichten vom Arbeitsmarkt sind äußerst erfreulich: Bereits zum 14. Mal in Folge sanken die Arbeitslosenzahlen. Das ist ein eindeutiges Indiz für die Richtigkeit der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen, die die Bundesregierung getroffen hat. Die Investitionen, vor allem in Infrastruktur und Kaufkraft, haben sich gelohnt. Aber Obacht: Auch wenn die Entwicklung anhaltend positiv ist, für eine allgemeine Entwarnung ist es noch zu früh – die Wirtschaftskrise ist noch nicht vorbei.

Dem Arbeitsmarkt war naturgemäß auch der Schwerpunkt der Statements bei der traditionsreichen 1. Mai-Kundgebung vor dem Wiener Rathausplatz gewidmet. Weiters fand das Thema Verteilungsgerechtigkeit prominenten Platz in den Reden sowie die Arbeitsmarkttöffnung, die mit Anfang Mai in Kraft getreten ist. Allgemeiner Tenor sämtlicher Experten und der SPÖ-Politiker auf der Tribüne: Österreich ist gut vorbereitet, mit strengen Regeln und Kontrollen wird man gegen Lohn- und Sozialdumping vorgehen.

Eine kleine Nachlese und viele Fotos zum 1. Mai gibt es in dieser Ausgabe.

Eure Redaktion



Ein Kommentar der SPÖ-Sprecherin für EU und Außenpolitik Christine Muttonen zu den Herausforderungen und Chancen für Österreich und die EU aufgrund der aktuellen Entwicklung in der arabischen Welt . . . . . Seite 14  
Terminvorschau: Am 11. Mai findet in Krems ein Zukunftsdiskurs Bildung zur Neuen Mittelschule statt. . . . Seite 15

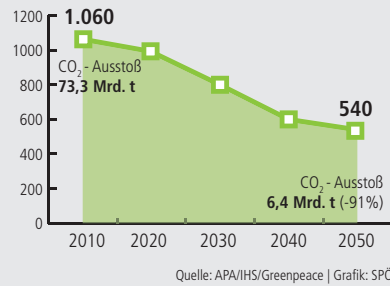
## SPÖ fordert Stresstests mit Substanz

Bei den europaweiten AKW-Stresstests wird zurückgerudert. Für die SPÖ kommen mildere Kriterien jedoch nicht in Frage.

**U**rsprünglich hatte man sich auf umfassende Tests geeinigt. Neben der Sicherheit im Falle von Naturkatastrophen sollte überprüft werden, ob Stromversorgung, Kühlung und zusätzliche Aggregate nach Terrorangriffen oder menschlichem Bedienfehlern funktionsfähig bleiben. Jetzt will man sich – auf Betreiben von Großbritannien und Frankreich

### Energiebedarf könnte halbiert werden

Energieverbrauch in Österreich in Petajoule (PJ)



### 90 Prozent weniger CO<sub>2</sub> möglich

Bis zum Jahr 2050 ist in Österreich eine Halbierung des Energieverbrauchs und eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um mehr als 90 Prozent möglich, sagt eine Studie des Instituts für Höhere Studien im Auftrag von Greenpeace, EVN und der Gewerkschaft vida. Erhebliche Sparpotentiale gibt es in den privaten Haushalten und beim Verkehr. Der Anteil fossiler Energie soll dafür von 72 auf 15,5 Prozent sinken. ♦

**Sozialminister Rudolf Hundstorfer:** Durch das neue Online-Service werden die Dienstleistungsschecks noch attraktiver.



Zimmer

### Dienstleistungsscheck jetzt auch online

Ab sofort können die Dienstleistungsschecks über <http://www.dienstleistungsscheck-online.at> bestellt, gekauft und bezahlt werden. Sozialminister Rudolf Hundstorfer geht davon aus, dass die Inanspruchnahme durch das Online-Service noch gesteigert wird. ♦



picturedesk

EZA-Projekte wie die lebenswichtige Versorgung mit Trinkwasser sind auf Kontinuität angewiesen.

### Mehr Geld für die EZA

Dass die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (EZA) ab 2015 erhöht werden, ist ein erfreulicher erster Schritt, aber noch nicht genug. Außenminister Spindelegger hat angekündigt, die 2015 zusätzlich für das Außenamt budgetierten 7,5 Mio. Euro für die EZA zur Verfügung zu stellen. Weil der neue Finanzrahmen 2012 bis 2015 im Außenamt aber Kürzungen von über 26 Mio. Euro vorsieht, befürchtet die SPÖ-Bereichssprecherin für Globale Entwicklung Petra Bayr, dass diese „die EZA voraussichtlich massiv treffen werden“. Der Europäische Rat hat sich verpflichtet, bis 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die EZA aufzuwenden. Österreich wird selbst mit den zusätzlichen Geldern weit von diesem Ziel entfernt bleiben. Bayr fordert einen Stufenplan zur Erreichung des Ziels bis 2018. ♦

### Zitat der Woche

**„Ein Profi-Heer muss das Ziel sein. Die Leute erwarten sich im Katastrophenfall eine effiziente, professionelle Hilfe.“**

**Landeshauptmann Hans Niessl**



Zimmer

Bundeskanzler Werner Faymann fordert klare Konsequenzen aus den AKW-Stresstests: Nachrüsten oder Abschalten.



# Der Scharlatan und seine „Partei“

Mit Blick auf die Nationalratswahl im Jahr 2013 gilt es schon jetzt, die Auseinandersetzung mit der FPÖ zu intensivieren. Was gibt diese Partei vor zu sein, wer sind die handelnden Personen und was haben sie bisher geleistet?

**R**eden wir einmal Klartext mit der und über die FPÖ. Diese Partei geht mit Lügen auf Wählerfang. Ein paar Beispiele:

1. Die FPÖ redet ständig von Redlichkeit und Ehrlichkeit. Die Wahrheit ist, dass ein Landesparteivorsitzender, Uwe Scheuch, vor Gericht muss, weil er gegen Parteispenden Staatsbürgerschaften weitergeben wollte. Auf Tonbändern ist nachzuhören, wie Scheuch einem russischen Investor eine Staatsbürgerschaft in Aussicht stellt. Als Bedingung nennt er, von einem Investment des Russen in Kärnten profitieren zu wollen („part of the game“). „Es gilt die Unschuldsumutung“ – ein Satz den man hinter die Berichte über einige FPÖ-Politiker stellen kann.

2. Die FPÖ wettet gegen die Bankenpakete, obwohl sie 2008 im Parlament dafür gestimmt hat. Mit 1,35 Mrd. Euro Staatshilfe aus dem Bankenpaket musste später die Kärntner Hypo Alpe-Adria-Bank gerettet werden. Wer das Hypo-Debakel zu verantworten hat, werden die Gerichte zu klären haben. Mittendrin: die FPÖ.

3. Die FPÖ spricht von Transparenz. Offen bleibt, warum sie nicht sagen will, woher die Gelder für ihre sündteuren Kampagnen stammen. Zuletzt butterte die FPÖ locker eine halbe Million Euro in eine Inseraten- und Plakatkampagne gegen die Arbeitsmarköffnung.

Die FPÖ hat einen herumkrächzenden Obmann namens HC Strache, der in Wahrheit nicht viel mehr ist als die Sprechpuppe seines Generalsekretärs und Redenschreibers Herbert Kickl. Strache ist sich nicht zu schade, am 8. Mai mit Gleichgesinnten am Heldenplatz die Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus zu betrauern. Kaum jemand kennt jene Personen, die in der zweiten Reihe hinter Strache die FPÖ verkörpern. Politiker, die man zu Recht nicht kennt, weil sie noch nie durch einen konstruktiven Vorschlag aufgefallen wären. Holen wir einmal ein paar vor den Vorhang.



Als Scharlatan wird eine Person bezeichnet, die fälschlicherweise vorgibt, ein bestimmtes Wissen oder bestimmte Fähigkeiten zu besitzen. (Wikipedia)

Da wäre die FPÖ-Abgeordnete Susanne Winter. Winter ist wegen Verhetzung rechtskräftig verurteilt. In einer Rede bezeichnete sie den Propheten Mohammed als Kinderschänder. In einem Interview meinte sie pauschal, es gebe „einen weit verbreiteten Kindesmissbrauch durch islamische Männer“. Oder Martin Graf, dritter Nationalratspräsident: Mitglied der als rechtsextrem eingestuften Burschenschaft Olympia und bekannt dafür, seine Mitarbeiter am äußersten rechten Rand zu rekrutieren. Oder der erwähnte Uwe Scheuch. Oder Nationalratsabgeordneter und Generalsekretär Harald Vilimsky, der eigentlich nur dadurch auffiel, sich im Selbstversuch mit einer Elektroschockpistole beschießen zu lassen. Der Vorarlberger FPÖ-Vorsitzende Dieter Egger wurde allein mit antisemitischen Äußerungen über einen Museumsdirektor bekannt.

Was immer wieder verwundert, ist die Geschwindigkeit, mit der die Skandale, mit de-

**„Kaum jemand kennt jene Personen, die in der zweiten Reihe hinter Strache die FPÖ verkörpern. Politiker, die man zu Recht nicht kennt, weil sie noch nie durch einen konstruktiven Vorschlag aufgefallen wären.“**

nen die FPÖ das Land über Jahre in Aufruhr versetzte, wieder in Vergessenheit zu geraten drohen. Ich erinnere jeden gerne an die Regierungszeit der FPÖ: Da waren einmal die unzählbaren gescheiterten FPÖ-Minister von Sickl bis Forstinger, von Gorbach bis Krüger. Wer erinnert sich noch an all die Beschlüsse, die unter Schwarz-Blau getroffen wurden, vom Versuch die Sozialversicherungen zu zerschlagen bis zu den Verschlechterungen für Lehrlinge (Verlängerung der Probezeit, Verkürzung der Bezahlfrist). Selbst wenn Skandale wie der Buwog-Verkauf bis in die Gegenwart nachhallen, werden sie offensichtlich von vielen noch nicht genug mit der FPÖ in Verbindung gebracht.

Das zu ändern ist unser aller Job! Mit Blick auf die Nationalratswahl im Jahr 2013 gilt es schon jetzt eine Person, die fälschlicherweise vorgibt, ein bestimmtes Wissen oder bestimmte Fähigkeiten zu besitzen, als das zu brandmarken, was sie ist: ein Scharlatan.

Wir müssen die Auseinandersetzung mit seiner Scharlatanpartei führen. Wir müssen allen Österreicherinnen und Österreichern die Lügen und die Verantwortungslosigkeit der FPÖ vor Augen führen. Unser Ziel muss es sein, dass Strache mit der heißen Luft, die er verbreitet, nicht einmal mehr den Milchschaum für seinen Café Latte machen kann. Mit der FPÖ ist kein Staat zu machen. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

[www.facebook.com/laurarudas.at](http://www.facebook.com/laurarudas.at)





## ARBEITSMARKT

# Arbeitslosigkeit weiter im Sinken

Zum 14. Mal in Folge sinkt hierzulande die Arbeitslosigkeit. Österreich gehört weiter zu den Top-Ländern in der EU – nicht zuletzt dank gezielter Investitionen, Kurzarbeitsprogrammen und Stärkung der Kaufkraft.

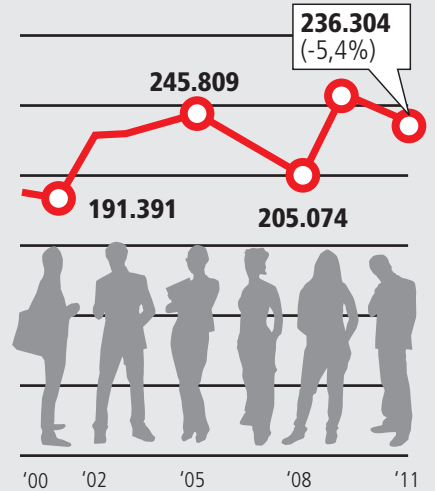
Bilderbox



Vor allem die Industrie trägt dazu bei, dass die Arbeitslosenzahlen zurückgehen.

## Arbeitslose in Österreich

Entwicklung seit 2000 jeweils Ende April



Quelle: APA/AMS | Grafik: SPÖ

Nach der Wirtschaftskrise entspannt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

## INFO

### Österreich Europa-Spitze

Österreich zählt auch mit den aktuellen Arbeitsmarktdaten zu den Top-Ländern in der EU:

- Nach den Niederlanden liegt Österreich von 27 EU-Staaten auf Platz 2 bei der Arbeitslosigkeit. Mit 4,3 Prozent Arbeitslosigkeit im April steht unser Land weit besser da als der EU-Durchschnitt mit 9,5 Prozent. Zum Vergleich: Deutschland hat 6,3 Prozent, Schweden 7,7 Prozent, Frankreich gar 9,5 Prozent Arbeitslosigkeit.
- Bei der Jugendarbeitslosigkeit liegt Österreich ebenfalls sehr gut – mit 9,4 Prozent hinter Deutschland und den Niederlanden auf Platz 3 in der EU.
- Auch bei den Wirtschaftsdaten braucht Österreich den Vergleich nicht zu scheuen: Unser Wachstum liegt über dem der Euro-Zone, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf ist Österreich – vor Finnland, Schweden, Deutschland oder Kanada – eines der reichsten Länder der Welt.

**M**ehr Beschäftigte, weniger Arbeitslose – vom Arbeitsmarkt gibt es auch im April wieder erfreuliche Nachrichten:

- Die Arbeitslosigkeit ist zum 14. Mal in Folge zurückgegangen – im April 2011 waren um 5,4 Prozent weniger Menschen arbeitslos als im April 2010. Insgesamt sind 236.304 Menschen arbeitslos.
- Auch die Zahl der Schulungsteilnehmer ist um 19,3 Prozent auf 65.421 Menschen gesunken.
- Nach Eurostat-Berechnung liegt Österreichs Arbeitslosigkeit nun bei 4,3 Prozent – der zweitbeste Wert in der EU (s. Kasten)
- Deutlich zurückgegangen ist auch die

**„Unter Schwarz-Blau hat es mitten in der Hochkonjunktur die höchste Arbeitslosigkeit gegeben. Das zeigt den Unterschied zwischen Schwarz-Blau und einer Politik für die Menschen, wie wir sie machen.“**

**Bundeskanzler Werner Faymann**

Jugendarbeitslosigkeit um 7,9 Prozent.

Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer ist das insgesamt eine erfreuliche Entwicklung: Dass auch die Zahl der offenen Stellen anstieg (+15,7 Prozent), ist für ihn auch „ein gutes Zeichen für die künftige Arbeitsmarktentwicklung“.

### Regierung hat richtig gehandelt

Nicht zuletzt sind die Job-Zahlen auch ein Beleg dafür, dass die Regierung in der Krise richtig reagiert hat und einen massiven Einbruch am Arbeitsmarkt abfangen konnte, wie Bundeskanzler Werner Faymann betont. Zusammen mit Exporten, Handelsbilanz und Wettbewerbsfähigkeit ergibt das ein gutes Bild des heimischen Standorts. Beigetragen dazu haben „Investitionen des Staates, aber auch die Kurzarbeitsprogramme und die Stärkung der Kaufkraft“, so der Kanzler. Auf die Rekordbeschäftigung könne man jedenfalls stolz sein. Zur Erinnerung: Schwarz-Blau brachte es in Zeiten der Hochkonjunktur auf negative Arbeitslosen-Rekorde.

## JUSTIZ

# „Mafia-Paragraf“ dringend überarbeiten

Nach dem erstinstanzlichen Freispruch im Tierschützer-Prozess werden immer mehr Rufe nach einer Präzisierung des umstrittenen Paragraphen 278a laut.

**L**änger als ein Jahr mussten sich 13 Tierschutzaktivisten in einem ausufernden Prozess nach dem sogenannten „Mafia-Paragrafen“ 278a StGB wegen „Beteiligung an einer kriminellen Organisation“ verantworten. In erster Instanz wurden die Angeklagten nun von sämtlichen Vorwürfen freigesprochen. Auch wenn die Staatsanwaltschaft Berufung angekündigt hat, ist das Urteil für SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim ein guter Anlass, neuerlich eine Überarbeitung des schon lange von der SPÖ kritisierten Paragraphen zu fordern. „Mit dem Urteil ist nun eine Basis vorhanden, um den Paragraph 278a endlich zu präzisieren“, sagte Jarolim. Dass eine Gruppe von Menschen, die sich für staatlich anerkannte und geschützte Werte wie den Tierschutz einsetzt,



Bilderbox

**Das Verfahren des „Tierschützer-Prozesses“ stand in keiner Relation zur vorgeworfenen Tat – eine Anklage nach dem „Mafia-Paragrafen“ hätte nie stattfinden dürfen. Die SPÖ fordert eine Gesetzesänderung.**

als kriminelle Organisation verfolgt wird, dürfte „schlicht und einfach nicht möglich sein“, sagte der SPÖ-Justizsprecher. Daher ist es

dringend notwendig, dieses Gesetz so zu gestalten, dass der eigentliche Zweck, nämlich die Bekämpfung von Großkriminalität im Stil der Mafia oder von Menschenhandel, sichergestellt, aber nicht über das Ziel hinausgeschossen wird. Dem pflichtet auch Klubobmann Josef Cap bei: „Es ist seit langem unsere Auffassung, den Paragraphen zu überarbeiten und das werden wir auch tun.“

## Entschädigung für Tierschützer

Der lange Prozess hatte zudem dramatische Auswirkungen auf das Privat- und Berufsleben der Angeklagten. Sowohl Jarolim als auch SP-Tierschutzsprecher Dietmar Keck und EU-Abgeordnete Evelyn Regner fordern daher eine angemessene Entschädigung für die Angeklagten. ♦

## SCHULPARTNERDIALOGE

# Erfolgreiche Tour durch ganz Österreich

31 Dialogveranstaltungen, neun Bundesländer, rund 2.300 Teilnehmende – das sind die eindrucksvollen Eckdaten der Dialog-Tour für die Schulreform von Bildungsministerin Claudia Schmied.

**Z**iel der im Jänner 2010 gestarteten Schulpartnerdialoge war es, die Großprojekte des Reformpakets „neue Schule“ weiterzuentwickeln und Praxiserfahrungen in die Reformarbeit einfließen zu lassen. Wie gut das gelungen ist, zeigt sich daran, dass das große 9-Punkte-Reformpaket voll auf Schiene ist. Erst vor kurzem hat das Parlament ein Qualitätspaket (Stichwort „neue Schulaufsicht“) beschlossen. Und auch für weitere Reformvorhaben wie z.B. das Kurssystem in der Oberstufe oder die Integration nach der 8. Schulstufe werden die Begutachtungsentwürfe bis zum Sommer fertig gestellt, informierte die Ministerin.

## Gelebte Schulpartnerschaft

Die Dialogtour ist für Ministerin Schmied auch deshalb so wichtig, weil „gelebte Schulpartnerschaft und wertschätzende



BMUKK

**Im Dialog mit Schulpartnern und Bildungsverantwortlichen wurden innovative Ansätze und die „Kraft des Neuen“ gestärkt, so Bildungsministerin Claudia Schmied.**

Gesprächskulturwichtige Eckpfeiler bei der Umsetzung der Qualitätsoffensive für unsere Schulen sind“, so Schmied. Insgesamt hat die Bildungsministerin vier große Dialogreisen absolviert, die jeweils einem wichtigen bildungspolitischen Thema gewidmet waren (siehe Kasten). ♦

## AUF EINEN BLICK

### Die Dialogtour und ihre Themen

- » Dialogtour Jänner/Februar 2010: Hier standen „Innovation und Leuchtturm-Projekte“ wie die Neue Mittelschule und die Ganztagschule im Zentrum.
- » Dialogtour September/November 2010: Dabei ging es um die Pädagogischen Hochschulen als Kompetenzzentrum für die Schulentwicklung.
- » Dialogtour November/Dezember 2010: Bestimmendes Thema war die „LehrerInnenbildung neu“.
- » Dialogtour März/April 2011: Hier stand das Thema „Qualitätsorientierte Schule“ im Mittelpunkt.





SPÖ-Parteivorsitzender, Bundeskanzler Werner Faymann stellt klar, wer die wahren Leistungsträger in der Gesellschaft sind: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.



Fotos: Zimmer

Wiens Bürgermeister Michael Häupl bekräftigt die Forderung der SPÖ nach einem gerechten Steuersystem.



Fotos: Lehmann



Mehr als 100.000 Besucherinnen und Besucher haben auch dieses Jahr wieder am traditionellen Maiaufmarsch der SPÖ am Wiener Rathausplatz teilgenommen - ein deutliches Zeichen für die Geschlossenheit und Stärke der Sozialdemokratie.

**B**undeskanzler und Parteivorsitzender Werner Faymann unterstrich in seiner Rede zum Tag der Arbeit den Kampf der SPÖ für mehr Verteilungsgerechtigkeit. „Was gemeinsam erwirtschaftet wird, muss gerecht verteilt werden“, sagte der Kanzler. Und er sicherte seinen Einsatz für die wahren Leistungsträger in der Gesellschaft zu, nämlich jene, die hart arbeiten, um ihr Geld zu verdienen. „Ich habe Respekt vor den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die mit harter Arbeit den Großteil in diesem Land erwirtschaften und dafür sorgen, dass wir die Schul- und Gesundheitspolitik bezahlen können und für die Pensionen Geld zur Verfügung haben“, betonte Faymann. Wiens Bürgermeister Michael Häupl sag-

ten“, sagte der Kanzler. Und er sicherte seinen Einsatz für die wahren Leistungsträger in der Gesellschaft zu, nämlich jene, die hart arbeiten, um ihr Geld zu verdienen. „Ich habe Respekt vor den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die mit harter Arbeit den Großteil in diesem Land erwirtschaften und dafür sorgen, dass wir die Schul- und Gesundheitspolitik bezahlen können und für die Pensionen Geld zur Verfügung haben“, betonte Faymann. Wiens Bürgermeister Michael Häupl sag-

ten“, sagte der Kanzler. Und er sicherte seinen Einsatz für die wahren Leistungsträger in der Gesellschaft zu, nämlich jene, die hart arbeiten, um ihr Geld zu verdienen. „Ich habe Respekt vor den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die mit harter Arbeit den Großteil in diesem Land erwirtschaften und dafür sorgen, dass wir die Schul- und Gesundheitspolitik bezahlen können und für die Pensionen Geld zur Verfügung haben“, betonte Faymann. Wiens Bürgermeister Michael Häupl sag-





Fotos: Lehmann

ÖGB-Präsident Erich Folgar fordert von der EU grenzüberschreitende Kontrollen des Arbeitsrechts.



Fotos rechts & unten: Zimmer

Mehr als 100.000 Menschen traten beim traditionellen Mai-Aufmarsch der SPÖ für die Grundwerte der Sozialdemokratie – Gerechtigkeit, Mitbestimmung und Chancengleichheit – ein.



# stück der Sozialdemokratie

te Bundeskanzler Faymann seine volle Unterstützung beim Kampf für eine gerechte Gesellschaft zu. „Wir stehen auf der Seite der Arbeitnehmer. Die Reichen brauchen uns nicht“, so Häupl.

## Gemeinsam stark: SPÖ und Gewerkschaften

ÖGB-Präsident Erich Foglar hat in seiner Rede die Bedeutung des gemeinsamen Kampfes der Gewerkschaften und der So-

zialdemokratie für soziale Gerechtigkeit in Europa betont. „Es gibt keinen sozialen Frieden ohne Chancengleichheit, Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit“, betonte Foglar. Vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktöffnung für die neuen EU-Staaten sei der 1. Mai 2011 etwas Besonderes. Mit dem Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping habe man sich gut auf das Ende der Übergangsfristen vorbereitet. Von der EU verlangte Foglar, die Einhaltung arbeitsrechtlicher Standards durch ausrei-

**„Ich habe Respekt vor den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die mit harter Arbeit den Großteil in diesem Land erwirtschaften.“**

**Bundeskanzler Werner Faymann**

chende Ressourcen und Personal zu gewährleisten. „Es muss möglich sein, Arbeitsrecht grenzüberschreitend zu kontrollieren“, so Foglar. ♦



## ÖH-WAHL

# VSStÖ kämpft für Studierende

Die sozialistischen Studierenden streben nach den ÖH-Wahlen vom 24.-26. Mai erneut eine Exekutivbeteiligung an. In Wien präsentierte man die Hauptforderungen für die zukünftige ÖH-Arbeit sowie bereits erfolgreich umgesetzte Projekte.

**W**ir konnten alle VSStÖ-Projekte, mit denen wir zur letzten Wahl angetreten sind, erfolgreich umsetzen“, gab sich Mirijam Müller, derzeit Generalsekretärin der ÖH, erfreut. Der VSStÖ konnte unter anderem ein Gütesiegel für Praktika erreichen, das von der ÖH verliehen wird. Damit soll gewährleistet werden, dass Studierende zu fairen Bedingungen arbeiten und entlohnt werden. Nun fordert der VSStÖ einen Ausbau dieses Angebots in Form einer Homepage, auf der Erfahrungsberichte über Praktika eingesehen werden können.

## Erleichterungen für Studierende

Zudem soll künftig die Studienorientierung verbessert werden. Studieninformation soll bereits in der Schule forciert und Bestandteil des Lehrplans werden. Auch

ein Orientierungssemester, in dem Studierende Lehrveranstaltungen aus mehreren Studienrichtungen besuchen können, soll eingerichtet werden. Auch ist geplant, das Beratungsangebot der ÖH auszubauen. Der Zugang zu Informationen muss so niederschwellig wie möglich sein.

Dazu soll unter anderem ein Versicherungsschwerpunkt gesetzt werden, inklusive eines Erinnerungsservice zum Ende von Fristen. Auch die Kernforderungen nach einem freien und sozial durchlässigen Studienzugang bleiben weiter aufrecht. Der Schwerpunkt liegt hier auf der Durchlässigkeit von Masterstudien, die sich als sozial selektiv herausgestellt haben. ♦

**Bundesweite Spitzenkandidatin des VSStÖ ist die WU-Studentin Angelika Gruber.**



## AL-KAIDA

## Ursachen des Terrorismus bekämpfen

Nach dem Tod von Osama Bin Laden sieht Bundeskanzler Werner Faymann die wichtigste Aufgabe darin, die Ursachen des Terrorismus zu bekämpfen.

**I**ch hoffe, dass mit diesem Schritt das internationale Terrornetzwerk deutlich geschwächt wurde“, sagte Faymann zur Nachricht vom Tod Bin Ladens. „Wegen seiner Taten starben weltweit tausende Menschen. Eine verbrecherische Ideologie wie jene von Al-Kaida ist auf das Schärfste zu verurteilen. Sie verletzt die Grundwerte der Menschlichkeit“, betonte der Bundeskanzler. Gemeinsam mit den anderen EU-Staaten muss nun die Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus fortgesetzt werden. „Dabei geht es im Wesentlichen darum, gerade auch in der islamischen Welt für mehr Gerechtigkeit und sozialen Frieden zu sorgen“, sagte der Vizepräsident der sozialdemokratischen Fraktion im EU-Parlament, Hannes Swoboda. ♦

**Das zerstörte World Trade Center ist das Symbol für den skrupellosen Terror der Al-Kaida.**



Reuters

## STAATSBESUCH

## Offene Worte zu brisanten Themen

Bundeskanzler Werner Faymann und der türkische Staatspräsident Abdullah Gül sprachen in Wien über das Verhältnis zur EU, Wirtschaftsfragen und Pressefreiheit.

**P**räsident Gül hat im Gespräch die zunehmende Zahl österreichischer Firmen hervorgehoben, die in der Türkei tätig sind, ebenso die steigende Zahl der österreichischen Touristen. Zu den laufenden EU-Beitrittsverhandlungen sagte Faymann: „Für Österreich ist es ein ergebnisoffenes Verfahren. Selbst im Fall eines positiven Abschlusses der Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei werden wir in Österreich verpflichtend eine Volksabstimmung darüber abhalten.“ Faymann machte auch die politische Position Österreichs und der EU deutlich: Grundwerte wie Pressefreiheit und Mitbestimmung müssen uneingeschränkt gelten. ♦

**Bundeskanzler Werner Faymann und der türkische Präsident Abdullah Gül thematisierten neben Bilateralem und demokratiepolitischen Entwicklungen auch die Sicherheitslage im Nahen Osten.**



HBE



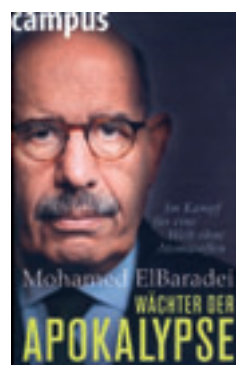
Politik

## Wächter der Apokalypse

Friedensnobelpreisträger Mohamed ElBaradei erzählt über seine Erlebnisse im Kampf für eine Welt ohne Atomwaffen.

„Die Atomdiplomatie ist ein zähes und kompliziertes Geschäft“, sagt Mohamed ElBaradei. Er spricht aus reichlicher Erfahrung: Über zwölf Jahre stand der Ägypter als Chef der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) im Zentrum der Weltpolitik. Es waren zwölf dramatische Jahre der internationalen Politik: vom 11. September über die Kriege im Irak und in Afghanistan bis hin zum heftig umstrittenen iranischen Atomprogramm. In seinem autobiografischen Buch schildert ElBaradei

jetzt erstmals öffentlich seine historische Rolle und seine Erlebnisse hinter den Kulissen der Macht. Er berichtet von Verhandlungen mit Staatsführern und Chefunterhändlern, zieht kritisch Bilanz, lässt aber auch an seinen Erfolgen teilhaben. Trotz Hindernisse und Rückschläge hat er den Glauben an die Diplomatie und den Dialog nie verloren. Seinen großen Erfolg verdankt er der einfachen Maxime: Immer hat er die Macht des Arguments gebraucht und nicht das Argument der Macht. ♦

☐ ..... Stk.


Mohamed ElBaradei:  
**Wächter der Apokalypse.**  
Campus Verlag,  
Frankfurt/New York 2011  
366 S., 25,60 €

Geschichte

## Als die Scheiterhaufen brannten

Isabella Ackerl gewährt Einblick in ein düsteres Kapitel der Geschichte: Die Hexenverfolgung in Österreich.

Die Hexenverfolgung im europäischen Mittelalter ist ein emotional aufgeladenes Thema, das von unzähligen Mythen umrankt ist. Liebeskummer, Zurückweisung und alle Not wurden den neuen Schuldigen zugewiesen: den Hexen und Hexern. Mit Exorzismen und Folter versuchte man der Bedrohung Herr zu werden. Auch in Österreich mussten sich viele Frauen und Männer endlosen und unmenschlichen Verhören unterziehen. Wie viele Prozesse wurden aber tatsächlich geführt? Wer wa-

ren die Ankläger, wer die Richter und welches soziale und wirtschaftliche Umfeld begünstigte diese grausamen Verfolgungen? Isabella Ackerl gewährt mit eindrucksvollen Fallbeispielen und zahlreichen Abbildungen Einblicke in ein düsteres Kapitel der europäischen und österreichischen Geschichte. Die Historikerin geht mit ihrer fundierten Kenntnis den Legenden um dieses vielschichtige Thema auf den Grund und erklärt, was sich tatsächlich hinter den grauenhaften Geschichten verbirgt. ♦

☐ ..... Stk.


Isabella Ackerl:  
**Als die Scheiterhaufen brannten.**  
Amalthea Verlag, Wien 2011  
232 S., 22,95 €

Lyrikerinnen

## Herzanker. Dichterinnen und die Liebe

Gertrud Lehnert stellt in dreizehn Porträts verschiedener Autorinnen eine kleine Philosophie der Liebe und Melancholie zusammen.

In der Einleitung von Herzanker geht Gertrud Lehnert der Frage nach, wieso die Liebesdichtung bis ins 18. Jahrhundert eine Männerdomäne war. Sie beschreibt, wie künstlerische Aktivität als etwas Männliches galt und wie sich diese Sichtweise nach und nach, vor allem durch engagierte Autorinnen, änderte. Jene Frauen, die diese Domäne gebrochen haben, werden überblicksartig dargestellt und in einen kulturellen Rahmen gestellt. Anschließend werden in dreizehn Porträts Verbindungen

zwischen den Biographien und dem dichterischen Schaffen der großen Lyrikerinnen hergestellt. Lehnert trifft dabei eine interessante Auswahl sehr bekannter Dichterinnen wie Ingeborg Bachmann, Else Lasker-Schüler und Emily Dickinson, aber präsentiert auch weniger geläufige Namen wie Gaspara Stampa, Anna Louisa Karsch und Louise Labé. Insgesamt ergibt sich so ein Überblick, der vom 15. Jahrhundert bis in die Gegenwart reicht und die Liebeslyrik der Autorinnen würdigt. ♦

☐ ..... Stk.


Gertrud Lehnert:  
**Herzanker. Dichterinnen und die Liebe.**  
Aufbau Verlag, Berlin 2011  
354 S., 15,50 €

Unterschrift: .....

Adresse: .....

Name: .....

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

## PORTRÄT DER WOCHE

## „Vertrauen verpflichtet“

Hannes Fazekas ist seit 2006 Abgeordneter zum Nationalrat und seit 2008 Bereichssprecher für Belange der Volksanwaltschaft.



Der Einsatz des Abgeordneten Hannes Fazekas gilt dem, was die Menschen beschäftigt: sichere Arbeitsplätze, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Sicherheit in allen Belangen.

**H**annes Fazekas begann seine politische Karriere in Schwechat-Rannersdorf, seit 2006 ist er im Na-

lrat vertreten. Fazekas sagt: „Als Polizist habe ich erlebt, was die Menschen wirklich beschäftigt und sie bewegt. Daraus konnte ich viel erfahren und in die Politikfunktion mitnehmen. Mir wurde und wird eine Menge Vertrauen entgegengebracht. Innerhalb der SPÖ und von den Menschen, dies verpflichtet mich natürlich, meinen politischen Weg weiter zu gehen.“ Der Nationalratsabgeordnete ist unter anderem Mitglied der Ausschüsse für innere Angelegenheiten, Sport, Justiz und die Volksanwaltschaft.

### Wissen, wo der legislative Schuh drückt

In seiner Funktion als Bereichssprecher für die Volksanwaltschaft betont Fazekas, dass diese wichtige Arbeit für Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern leiste und ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehe. „Die Volksanwaltschaft ist eine wesentliche Partnerin des Parlaments. Denn zu wissen, wo der legislative Schuh drückt, ist für uns Abge-

ordnete wichtig, um Verbesserungen im Sinne der Bürger herbeizuführen“, betont Fazekas. Sein Dank gilt den Volksanwälten Peter Kostelka, Gertrude Brinek und Terezija Stoisits. ♦

## ZUR PERSON

### Hannes Fazekas

Hannes Fazekas wurde 1963 in Wien geboren, aufgewachsen ist er in Schwechat-Rannersdorf. Er erlernte den Polizeiberuf und fungierte als leitender Exekutivbeamter. Seine politische Tätigkeit begann 1995 als Vorstandsmitglied im Ortsausschuss Rannersdorf, von 2000 bis 2002 war er Schwechater Stadtrat für Jugendagenden. Seit 2001 ist er Parteivorsitzender von Schwechat, seit 2002 auch Bürgermeister der Stadt. Seit 2006 ist er Abgeordneter zum Nationalrat. Der Vater dreier Töchter ist begeisterter Motorradfahrer, er mag Sport, Theater und Bücher.

## ARBEITSMARKTÖFFNUNG Österreich ist gut vorbereitet

Neben umfangreichen Kontrollmaßnahmen wurde auch die Möglichkeit zur direkten Auftragsvergabe geschaffen.

**D**ie Gewerkschaft Bau-Holz, vertreten durch den Nationalratsabgeordneten Beppo Muchitsch, begrüßt, dass öffentliche Auftraggeber bis Ende 2011 Aufträge bis 100.000 Euro direkt vergeben dürfen. Bei Auftragsvolumen bis zu 1.000.000 Euro sind mindesten fünf Anbotsleger einzuladen. Möglich wird dies durch eine von Bundeskanzler Werner Faymann ei-

gens erlassene Verordnung. „Öffentliche Auftraggeber wie Gemeinden können aufatmen. Direktvergaben sind somit auch weiterhin möglich. Damit sichern wir unsere regionale Wirtschaft und deren Arbeitsplätze“, unterstreicht Muchitsch. ♦



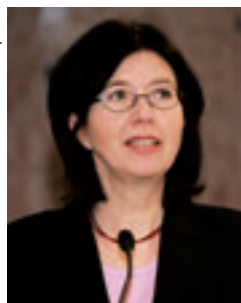
Bau-Holz-Gewerkschafter, NR-Abg. Beppo Muchitsch und Bundeskanzler Werner Faymann: Regionale Wirtschaft und Arbeitsplätze sind gesichert.

## AUßENPOLITIK Kritik an Strafmaßnahmen Israels

Die Annäherung von Fatah und Hamas wird von Israel scharf kritisiert und mit finanziellen Sanktionen belegt – für die außenpolitische Sprecherin der SPÖ, Christine Muttonen eine unge-rechtfertigte Strafmaßnahme.

**I**srael überweist keine Steuergelder mehr an die palästinensische Autonomiebehörde. Die SPÖ-Abgeordnete Muttonen forderte im außenpolitischen Ausschuss des Nationalrats, dass sich Außenminister Spindelegger in der Europäischen Union für die Aufhebung dieser Sanktion einsetzt. „Selbstverständlich muss das Existenzrecht Israels anerkannt werden“, so Muttonen. Bei den Geldern handle es sich aber um Steuern, die Israel gemäß einem

Spidla



Abkommen mit den Palästinensern für die Autonomiebehörde einbeht. Die Annäherung von Fatah und Hamas sei „prinzipiell begrüßenswert“, in der Bildung einer Einheitsregierung in Palästina sieht Muttonen eine Chance. ♦

Die SPÖ-Sprecherin für Außenpolitik Christine Muttonen kritisiert die Sanktionen Israels gegen die palästinensische Selbstverwaltung.





## WAHLRECHT

## Kein Missbrauch mehr bei Briefwahlen

SPÖ und ÖVP haben sich auf eine Reform des Wahlrechts geeinigt. Mit den Änderungen soll ein Missbrauch bei Briefwahlen künftig verhindert werden. Auch die Gründe für einen Ausschluss vom Wahlrecht werden geändert.

**M**it dieser Einigung wird unter anderem „strategisches Wählen“ unmöglich gemacht, erläutert SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann. Denn Stichtag für das Einlangen von Briefwahlkarten soll künftig der Wahltag sein. Um 17.00 Uhr – noch vor der Veröffentlichung der ersten Hochrechnungen – muss die Wahlkarte bei einer Wahlbehörde eingelangt sein. Eine Nachfrist wird es nicht mehr geben. Österreicher, die im Ausland leben, werden ihre Briefwahlunterlagen bereits eine Woche früher als bisher erhalten. Denn auch für sie gilt dann: Stichtag ist Wahltag. Um einen Missbrauch schon bei der Beantragung von Wahlkarten zu verhindern, müssen sich Antragssteller hierbei künftig ausweisen. Entweder bei persönlicher Beantragung vor Ort oder – wenn die

Wahlkarte schriftlich angefordert wird – bei der Übernahme der Unterlagen mittels eingeschriebener Zustellung. Für Antragssteller, die sich in Heil- und Pflegeanstalten befinden, soll die Übermittlung der Wahlkarte immer über eingeschriebene Zustellung erfolgen.

## Ausschluss als Einzelfall

Wer zu einer mehr als einjährigen Haftstrafe rechtskräftig verurteilt wurde, wird nicht mehr pauschal vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen. Ein Ausschluss soll künftig als Einzelfall vor Gericht erfolgen bzw. im Falle von unbedingten Haftstrafen von mehr als fünf Jahren. Damit wird auf ein Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs reagiert. Der Ausschlussgrund



**Künftig gilt für Briefwahlen: Gültig ist eine Stimme nur, wenn sie pünktlich am Wahltag einlangt.**

„Mitglied regierender Häuser oder solcher, die ehemals regiert haben“ bei Bundespräsidentenwahlen wird wegfallen. Damit ist Mitgliedern des Hauses Habsburg die Kandidatur gestattet. ♦

## PARLAMENTSKLUB

## Frühjahrstagung der SPÖ-Parlamentsfraktion am 9.&amp;10. Mai

Die diesjährige Frühjahrstagung der SPÖ-Parlamentsfraktion in Schwechat steht ganz im Zeichen der europaweiten Kritik der Atomkraft.

**N**ach der Eröffnung durch Klubobmann Josef Cap und dem Bürgermeister der Stadt Schwechat Hannes Fazekas sowie einem Referat von Bundeskanzler Werner Faymann wird der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete, Wissenschaftler und Atomgegner Ernst Ulrich Weizsäcker ein Plädoyer für eine nachhaltige Energiepolitik halten. Die Tagung beginnt am Montag, 9. Mai im neu erbauten Multiversum Schwechat. Der Montagvormittag ist öffentlich. Danach starten die internen Beratungen. ♦



SPÖ-Klubobmann Josef Cap eröffnet die diesjährige Frühjahrstagung der SPÖ-Parlamentsfraktion.

## PETITIONEN

## SPÖ besucht die Volksanwaltschaft

Die SPÖ-Fraktion des Parlamentarischen Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen besuchte vor kurzem die Volksanwaltschaft in Wien.

**V**olksanwalt Peter Kostelka informierte die Parlamentarier über die aktuellen Tätigkeiten der Volksanwaltschaft. Außerdem fand ein fachlicher Austausch über die Arbeit des Petitionsausschusses statt. Sowohl die Sprecherin der SPÖ-Fraktion des Petitionsausschusses Rosa Lohfeyer, als auch Volksanwalt Kostelka zeigten sich über den regen Informationsaustausch zufrieden und betonten die „gute und gewinnbringende Zusammenarbeit“. ♦



v.li.: NR-Agb. Rosa Lohfeyer, Volksanwalt Peter Kostelka, NR-Abg. Johann Hell, NR-Abg. Johann Hechtel, NR-Abg. Angela Lueger und NR-Abg. Hannes Weninger.

## SOZIALISTISCHE JUGEND

# 5.000 Jugendliche bei Fackelzug gegen Rassismus



Am Vorabend des 1. Mai lud die Sozialistische Jugend Wien zum traditionellen Fackelzug unter dem Motto „Rassismus raus aus den Köpfen“.

Trotz angekündigten Schlechtwetters trafen sich tausende Jugendliche bei der Oper, um ein starkes Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Der Fackelzug führte durch die Innenstadt zum Rat-

hausplatz, wo die Abschlusskundgebung und eine Riesens-Open-Air-Party mit den international bekannten DJs „Milk & Sugar“ stattfand.

In seiner Abschlussrede wies

Stefan Jagsch, Vorsitzender der SJ Wien, auf die Wichtigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen Rassismus hin: „Antirassismus heißt, mit Menschen aus aller Welt für gleiche Rechte zu kämpfen und gegen unmenschliche Politik, Diskriminierung und

Unterdrückung aufzutreten.“ Jagsch rief dazu auf, eine große Bewegung gegen Rassismus ins Leben zu rufen: „Die Zeit, in der wir uns alleine im stillen Kämmerchen über unerträgliche Zustände geärgert haben, ist vorbei. Organisieren wir uns, kämpfen wir gemeinsam – denn nur so bringen wir Rassismus raus aus den Köpfen!“



Der Fackelzug der SJ Wien ist traditionell der erste Höhepunkt der Maifeierlichkeiten.



„Milk&Sugar“ sorgten am Rathausplatz für ausgelassene Partystimmung nach einem kämpferischen Fackelzug.

Fotos: SJ

## BURGENLAND

### Jugend bestimmt mit



Mit dem heuer zum vierten Mal stattfindenden Jugend-Landtag hat die SPÖ Burgenland eine erfolgreiche Plattform der Jugend-Mitbestimmung geschaffen.

Der diesjährige Jugend-Landtag wird am 12. Mai über die Bühne gehen. Im Zentrum stehen die Themen Bildung, Arbeit, Umwelt und Mobilität, betonen die beiden Jung-Abgeordneten Martin Giefing und Christina Schumich. Schon die vergangenen Jugend-Landtage haben, so SPÖ-Jugendsprecher Mario Trinkl, für viele konkrete Impulse gesorgt, die die SPÖ mit Landeshauptmann Hans Niessl umgesetzt hat. Beispiele dafür sind u.a. der Verzicht auf Studiengebühren an den Fachhochschulen oder die Semesterticket-Förderung für Studierende. Für Trinkl ist klar: „Junge Menschen wollen mitbestimmen. Die SPÖ setzt daher seit langem auf Mitbestimmung auf allen Ebenen.“



SPÖ BGLD

SPÖ-Jugendsprecher Mario Trinkl (Bildmitte) mit den Jugend-Landtags-Teilnehmern Christina Schumich und Martin Giefing.

## SALZBURG

### Kreisky - ohne Nostalgie



Bei der Buchpräsentation „Bruno Kreisky – Die Biografie“ diskutierten Autor Wolfgang Petritsch und Landeshauptfrau Gabi Burgstaller mit Zeitzeugen über die anfängliche Skepsis gegenüber Kreiskys Reformplänen.

Die rund 80 Zuschauerinnen und Zuschauer erlebten eine spannende Debatte ohne Nostalgie. Zeitzeugen wie die früheren SPÖ-Landespartei-vorsitzenden Karl Steinocher und Herbert Moritz und Staatssekretärin a.D. Elfriede Karl schilderten die Schwierigkeiten, Kreiskys Reformpläne durchzusetzen. „Wir haben jede Möglichkeit zur Diskussion aufgegriffen und unsere Reformvorhaben erklärt“, so Karl. „Kreisky war ein überzeugter Aufklärer, der an die Macht der Worte und der Argumente glaubte“, so der damalige Kreisky-Sekretär Petritsch. Auch Burgstaller sprach sich dafür aus, Menschen durch Aufklärung

für Reformen zu gewinnen.

SPÖ Salzburg



LHF Gabi Burgstaller bei der Präsentation der Kreisky-Biografie (im Bild mit LH-Stv. a. D. Gerhard Buchleitner, LH-Stv. a. D. Karl Steinocher, BM a. D. Herbert Moritz).



## OBERÖSTERREICH

## „morgen.rot“-Teilnehmerzahl übertrifft alle Erwartungen



In den vergangenen Monaten absolvierte die SPÖ in Oberösterreich einen regelrechten „Veranstaltungsmarathon“ quer durch alle Bezirke. Die positive Bilanz von insgesamt 16 „morgen.rot“-Foren: Mehr als 2.200 Mitglieder und Funktionäre diskutierten gemeinsam über brennende Zukunftsfragen.

Die Themenpalette der „morgen.rot“-Veranstaltungen war breit: Integration, Gesundheit, Bildung, Arbeit und sozialdemokratische Kommunalpolitik standen auf dem Programm. Landesgeschäftsführer Roland Schwandner, der bei allen Foren vor Ort war, ist von der Aufbruchsstimmung begeistert: „Das ist die größte Beteiligung, die es in einem Parteierneuerungsprozess in Oberösterreich je gab. Alle unsere Erwartungen wurden weit übertroffen.“ Die Themenwahl erfolgte auf Grundlage der Rückmeldungen aus der ersten Phase von „morgen.rot“. „Neben der regen Beteiligung war aber auch der gemeinsame



SPÖ ÖÖ

Vom 7. Februar bis 27 April 2011 wurden bei 16 „morgen.rot“-Veranstaltungen verschiedenste Zukunftsthemen diskutiert.

Austausch von Ideen und das gegenseitige Kennenlernen von großer Bedeutung“ ergänzt Landesgeschäftsführer Schwandner. Für den fachlichen Input sorgten bei jeder Veranstaltung zwei Experten. Sozialreferent LH-Stv. Josef Akkerl war bei allen Integrationsveranstaltungen dabei. In einem nächsten Schritt des Zukunftsprojekts „morgen.rot“ werden die Ideen und Ergebnisse aus den

Diskussionen bei fünf Konventen im Mai und Juni präsentiert, auf Wahlkreisebene mit Experten diskutiert und Ideen für die weitere Vorgehensweise gesammelt. „Die Bemühungen, die Partei zu demokratisieren und Mitbestimmung auf breiter Basis sicherzustellen, werden keine einmaligen Aktionen bleiben“, versichert Roland Schwandner. ♦

## TIROL

## Neuer Service für Wohnungssuchende



Die von LH-Stv. Hannes Gschwentner initiierte Plattform [www.meinregionalerwohutraum.at](http://www.meinregionalerwohutraum.at) bietet auf einen Klick Hilfe und Rat bei der Wohnungssuche in Tirol.

Die Bevölkerungszahl in Tirol wächst – gleichzeitig steht nur begrenzt besiedelbarer Raum zur Verfügung, was die Wohnungssuche schwierig macht. Das Internetportal des Wohnbaureferenten LH-Stv. Hannes Gschwentner bietet Auskünfte und Angebote rund um die Wohnungssuche, etwa zum Thema Wohnbauförderung. Gemeinnützige Bauträger präsentieren ihre Projekte. Die Tirolerinnen und Tiroler erhalten so einfach und unbürokratisch Informationen zu Fragen der Wohnungssuche. „Wenn in den einzelnen Gemeinden genügend hochwertiger Wohnraum geschaffen wird, so stärkt dies die

Regionen und verhindert eine Abwanderung“, ist der LH-Stv. überzeugt. ♦

Meinungsforscher Gerhard Wagner, LH-Stv. Hannes Gschwentner und Alois Leiter vom Bauträger „Neue Heimat Tirol“ präsentieren die neue Serviceplattform für Wohnungssuchende.



SPÖ Tirol

## KÄRNTEN

## 50.000 Unterschriften für Krsko-Schließung



In nur wenigen Wochen sammelten die Mitglieder von AK und ÖGB 50.000 Unterschriften zur Schließung des auf einer Erdbenenlinie errichteten Atomkraftwerkes Krsko (Slowenien).

„Diese Unterschriften sind ein unüberhörbares Signal dafür, wie wichtig der Kärntner Bevölkerung das Thema Atomenergie ist und wie ernst sie das von Krsko ausgehende Gefahrenpotential nimmt“, betonte Kärntens SPÖ-Vorsitzender LHStv. Peter Kaiser, der die Unterschriften gemeinsam mit Kärntens Energiereferentin Beate Prettner von AK-Präsident Günther Goach und ÖGB-Vorsitzenden, Nationalrat Hermann Lipitsch entgegennahm. Kaiser wird das Unterschriftenpaket an Bundeskanzler Werner Faymann übergeben. ♦



Wajand

LH-Stv. Peter Kaiser übernimmt gemeinsam mit Energiereferentin Beate Prettner von AK-Präsident Günther Goach 50.000 Unterschriften für die Schließung des AKW Krsko.



Schefcik

# Notwendigkeiten einer neuen Mittelmeerpolitik

Der gesellschaftspolitische Umschwung in der arabischen Welt ist mit Chancen und Herausforderungen für Österreich und die EU verbunden.



Die Menschen im arabischen Raum erheben ihre Stimme gegen Armut und Unterdrückung, für mehr Wohlstand, Mitsprache und Demokratie.

**„Für Österreich ergibt sich aus dieser Situation die Möglichkeit und die Verpflichtung, an die aktive und engagierte Nahost-Politik Bruno Kreiskys anzuknüpfen.“**

In den Staaten der arabischen Welt vollziehen sich zurzeit gesellschaftspolitische Umbrüche von historischer Tragweite, die durchaus vergleichbar mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Ost- und Mitteleuropa sind. Der Ausgang ist noch völlig offen. Fest steht, dass ein tiefgreifender Wandel angestoßen wurde, mit weitrei-

chenden Auswirkungen nicht nur für die Menschen in der arabischen Welt, sondern auch für uns in Europa.

Für Österreich und die EU birgt die Entwicklung in der arabischen Welt große Herausforderungen aber auch Chancen. Für Europas Stabilität und Sicherheit ist eine positive demokratische und wirtschaftliche Entwicklung von großer Wichtigkeit. Es liegt daher in unserem eigenen Interesse, die Menschen in Nordafrika bei einer friedlichen Entwicklung ihrer Gesellschaft und Wirtschaft zu unterstützen. Insbesondere gilt es, die Einbindung der Frauen und der jungen Generationen in die wirtschaftlichen und politischen Prozesse der arabischen Länder zu fördern. Gelingt der gesellschaftliche Umbruch nicht, besteht die Gefahr, dass die Hoffnung in der Region in Extremismus, Instabilität und Flucht umschlägt.

Für Österreich ergibt sich aus dieser Situation die Möglichkeit und die Verpflichtung, an die aktive und engagierte Nahost-Politik Bruno Kreiskys anzuknüpfen. Die Geschehnisse in Nordafrika und ihre Auswirkungen auf Europa machen deutlich, dass sich die österreichische Außenpolitik nicht auf Europa und etwa die Schwarzmeer-Region beschränken darf, sondern sich globaler aufstellen muss. Österreich sollte daher eine aktive und gestaltende Rolle bei der Entwicklung einer neuen europäischen Mittelmeerpolitik einnehmen.

Aufgabe einer solchen Politik muss die Förderung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen sowie die Entwicklung einer leistungsfähigen Wirtschaft und eines tragfähigen Sozialsystems sein. Österreich verfügt hier in seinen Ministerien, bei den Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, Universitäten und NGOs über ein breites und erstklassiges Know-how, welches koordiniert und zur Verfügung gestellt werden muss. Bildungs- und Wissenschaftsprojekte für die junge Generation in der Region sowie eine engagierte Wirtschaftsförderung durch Investitionshilfen und Kooperationen in den Bereichen Umwelttechnologie und regenerative Energien sind weitere Aktionsfelder, auf denen sich Österreich aktiv einbringen kann.

Zudem könnte Österreich auch versuchen, eigene sicherheitspolitische Akzente in der Region zu setzen, beispielsweise durch ein verstärktes Engagement für eine nuklearfreie Zone im Mittleren Osten. Die für 2012 geplante UN-Konferenz für einen nuklearfreien Mittleren Osten in Wien bietet hier für Österreich einen idealen Ansatzpunkt, um in dieser Frage die Initiative zu ergreifen. ♦

Christine Muttonen ist parlamentarische Bereichssprecherin der SPÖ für Außenpolitik und EU. E-Mail: christine.muttonen@spoe.at

## Neues zum „Österreich 2020“-Prozess

Die „Österreich 2020“-Veranstaltung mit Bildungsministerin Claudia Schmied und LH-Stv. Sepp Leitner in Waidhofen/Ybbs erzeugte große mediale Resonanz: der ORF brachte am 3.5. in „Niederösterreich heute“ den Beitrag „Zukunft der Schule“ (Abrufbar unter: [www.oe2020.at](http://www.oe2020.at)). Mit einer Tour durch Niederösterreich (z.B. 11.5.

in Krems) beschließt Schmied den Zukunftsdiskurs Bildung. Das Thema Internationale Politik wird diese Woche noch im „Quergeschrieben“ besprochen. Ab nächster Woche werden im Vorfeld des „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurses „Ökologisierung als Ökonomie des 21. Jhdts.“ Aspekte eines ökologischen

Wachstums, Qualität von „green jobs“ u.ä. diskutiert. Am 23.5. wird der deutsche Genosse Matthias Machnig, Wirtschaftsminister in Thüringen und vormals Bundesminister für Umwelt und Bundesgeschäftsführer der SPD, mit Dwora Stein, Sigrid Stagl und Michael Förchner diskutieren. Details unter [www.oe2020.at](http://www.oe2020.at). ♦



## TERMINKALENDER

### Montag, 9.5.

#### Die Demokratie und ihre Medien

Unter der Moderation von Isolde Charim hält Thomas Meyer, der bekannte Kritiker des Einflusses moderner Medien auf Stil und Inhalt der heutigen Politik, einen Vortrag zum Thema Demokratie und Medien. Meyer ist Chefredakteur der Zeitschrift „Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte“ und lehrt an der Akademie für soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Anmeldung:

einladung.kreiskyforum@kreisky.org oder Tel.: 3188260/20

**Beginn: 19 Uhr**

**Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog,**

Armbrustergasse 15, 1190 Wien



### Mittwoch, 11. Mai

#### Österreich 2020 Zukunftsdiskurs Bildung

Zukunftsdiskurs zum Thema „Brauchen wir die Neue Mittelschule?“ mit Bildungsministerin Claudia Schmied, LH-Stv. Sepp Leitner, NR-Abg. Ewald Sacher und Vizepräsidentin des NÖ Landesschulrats Beate Schasching. Anmeldung: krems@spoe.at oder Tel: 02732/82422 od. 0664/5120733.

**Beginn: 19 Uhr**

**Krems, Volkshaus Lerchenfeld,**  
Hofrat-Erben-Straße 1

### Donnerstag, 12.5.

#### Strategien gegen die „Postdemokratie“

„Die Politik muss endlich Politik betreiben“, fordert die Sozialwissenschaftlerin Jutta Allmendinger, Expertin auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Ihre Beiträge zur Organisation der Arbeitswelt in Europa, vor allem in Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben wichtige Anstöße gegeben. Allmendinger diskutiert bei einem Podiumsgespräch im Rahmen der Dialog-Reihe „Perspektiven für die Sozialdemokratie in Europa“, mit dem Journalisten Werner A. Perger.

Anmeldung:

post@renner-institut.at oder Tel.: 01/8046501

**Beginn: 19.00 Uhr**

**Ort: MuseumsQuartier, Barocke Suiten,**  
Museumsplatz 1 (Haupteingang),  
1070 Wien

### Donnerstag, 12.5.

#### Kurswechsel!

Unter der Reihe „Genial dagegen“ spricht Martin Allespach, Leiter des Funktionsbereichs „Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik“, beim IG-Metall Vorstand zum Thema Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie. Die Veranstaltung wird vom Journalist und Autor Robert Misik moderiert.

Anmeldung:

einladung.kreiskyforum@kreisky.org oder Tel.: 3188260/20

**Beginn: 19.00 Uhr**

**Ort: Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog,**  
Armbrustergasse 15, 1190 Wien

### Freitag, 13.5. bis Sonntag, 15.5.

#### Bücherflohmarkt für Japanhilfe

Deutsche, schweizer und österreichische Verlage stellen jetzt auf Initiative von „Wien live“, Tausende Bücher und Hörbücher für das Japan-Soforthilfeprogramm der Volkshilfe Österreich zur Verfügung. Das MUMOK und die Kunsthalle Wien haben sich spontan bereit erklärt, bei dieser Aktion mitzumachen und Verkaufsflächen sowie Lagerräume zur Verfügung zu stellen. So können Wienerinnen und Wiener am Wochenende von 13. bis 15. Mai Bücher zum Schnäppchenpreis kaufen und damit auch noch einer guten Sache dienen.

**Beginn:**

**Freitag, 13. Mai: 14 bis 21 Uhr**

**Samstag, 14. Mai: 11 bis 21 Uhr**

**Sonntag, 15. Mai: 11 bis 17 Uhr**

**Ort: MuseumsQuartier (Hofstallung & Kunsthalle)**

## IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,

Chefin v. Dienst: Mag<sup>a</sup> Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag<sup>a</sup> Alexandra Hopf, Mag<sup>a</sup> Birgit Jung, Philipp Lindner,

Mag. Peter Prantl, Mag<sup>a</sup> Sophia Schönecker, Michael

Sifkovits, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber

Bildredaktion: Emil Goldberg

Layout: Thomas Lehmann, Michael Elsner

Coverfoto: Johannes Zinner

Bildbearbeitung: Max Stohanzl

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: Leykam Druck, Wr. Neustadt,

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

## NET NEWS

[www.arboe.at](http://www.arboe.at)

## ARBÖ - Alles neu macht der Mai!

Die neue Homepage des ARBÖ besticht durch Übersichtlichkeit und starke Kundenorientiertheit.

Neben der Präsentation der Vorteile einer ARBÖ-Mitgliedschaft ist das Herzstück der neuen Website eine interaktive Landkarte mit integriertem Routenplaner. Außer seinen Fahrzielen kann man sich auch alle Dienststellen des ARBÖ mit Adresse und

Dienstzeiten und die nächstgelegenen ARBÖ-Partner anzeigen lassen.

Ein weiteres tolles Feature der Seite ist die Suchfunktion nach Tankstellen mit billigen Spritpreisen: Man kann sich die günstigsten Tankstellen in seiner Umgebung oder seinem Bundesland für die jeweilig gewünschte Spritsorte anzeigen lassen. Wirklich nützlich: [www.arboe.at](http://www.arboe.at) ♦



aktuell



## Besonderer Tag

Die nach wie vor männerdominierte Luftfahrtbranche soll weiblicher werden, das betonte Infrastrukturministerin Doris Bures anlässlich des „Girls Day 2011“. Unser Bild zeigt die Ministerin mit einer Teilnehmerin des „Girls Day“ und der Austrian-Airlines-Pilotin Cornelia Ollinger.



## Verdiente Auszeichnung

Beim „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurs Bildung in Waidhofen/Ybbs mit Bildungsministerin Claudia Schmied wurde der Lehrer Klaus Riedler (Bildmitte) als „HTL-Lehrer des Jahres“ geehrt. Initiator ist die Internet-Jobplattform „most-jobs.at“ (li. Geschäftsführer Johann Fabian).



## Wichtiger Besuch

Verteidigungsminister Norbert Darabos hat die österreichischen UNO-Soldaten auf den Golanhöhen in Syrien besucht. Dabei machte sich der Minister ein persönliches Bild von der Lage in der Krisenregion.

## Volle Information

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek hat die von der Arbeiterkammer Wien veranstaltete Informationsmesse „Beruf Baby Bildung“ besucht. Die Ministerin betonte, dass Eltern in Karenz Unterstützung für den beruflichen Wiedereinstieg brauchen.

